edition suhrkamp

Das deutsche Europa

Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise

Bearbeitet von
Ulrich Beck

1. Auflage 2012. Taschenbuch. 80 S. Paperback
ISBN 978 3 518 06286 9
Format (B x L): 13,5 x 22,5 cm
Gewicht: 108 g

Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Internationale Beziehungen > Europäische Union, Europapolitik

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Suhrkamp Verlag

Leseprobe

Das deutsche Europa

Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise

© Suhrkamp Verlag
978-3-518-06286-9

SV

edition suhrkamp digital

Die edition suhrkamp digital präsentiert kurze, aktualitätsbezogene, thesenstarke Bände, Manifeste, Langreportagen, Dossiers und Features. Alle Titel sind auch als eBook erhältlich. Mehr zur Reihe und den einzelnen Bänden unter: www.editionsuhrkampdigital.de

1953 warnte Thomas Mann die Deutschen in seiner berühmten Hamburger Rede davor, jemals wieder nach einem »deutschen Europa« zu streben. Im Zuge der Euro-Krise ist nun jedoch genau das Realität geworden: Die stärkste Wirtschaftsmacht des Kontinents kann notleidenden Euro-Staaten die Bedingungen für weitere Kredite diktieren – bis hin zur Aushöhlung der demokratischen Mitbestimmungsrechte des griechischen, italienischen, spanischen – letztlich auch des deutschen Parlaments.
Welche Folgen die umstrittene deutsche Sparpolitik für die europäische Machtlandschaft hat, welche Lösungen im Konflikt zwischen Europaarchitekten und Nationalstaatsorthodoxen möglich sind und wie sich die Imperative der Krisenbewältigung und der Demokratie angesichts des Europa-Risikos versöhnen lassen – diesen Fragen geht Ulrich Beck in diesem leidenschaftlichen Essay nach. Er kommt zu dem Ergebnis, daß wir endlich einen Europäischen Gesellschaftsvertrag brauchen, einen Vertrag für mehr Freiheit, mehr soziale Sicherheit und mehr Demokratie – durch Europa.

Ulrich Beck, geboren 1944, ist Professor em. für Soziologie in München. Er lehrt derzeit in Harvard und an der London School of Economics. Im Suhrkamp Verlag erschienen zuletzt *Nachrichten aus der Weltinnenpolitik* (es 2619) und (zusammen mit Elisabeth Beck-Gernsheim) *Fernliebe. Lebensformen im globalen Zeitalter* (2011).

Ulrich Beck

Das deutsche Europa

Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise

Suhrkamp

Umschlagabbildungen: Firecatcher/© Polity Press

Erste Auflage 2012
edition suhrkamp digital
Originalausgabe
© Suhrkamp Verlag Berlin 2012
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Photographie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim
Umschlag gestaltet nach einem Konzept von
Willy Fleckhaus: Bureau Johannes Erler
Printed in Germany
ISBN 978-3-518-06286-9

Inhalt

Vorwort 7
Einleitung: Deutschland vor der Entscheidung über Sein oder Nichtsein Europas 9

I. Wie die Euro-Krise Europa zerreißt – und verbindet
1. Die deutsche Sparpolitik spaltet Europa: Die Regierungen stimmen zu, die Bevölkerungen dagegen 12
2. Von den Erfolgen der Europäischen Union 15
3. Die Blindheit der Ökonomie 18
4. Europäische Innenpolitik: Der nationalstaatlich geprägte Begriff des Politischen ist anachronistisch 21
5. Die Krise der Europäischen Union ist keine Schuldenkrise 23

II. Europas neue Koordinaten der Macht: Wie es zum deutschen Europa kommt
1. Das bedrohte Europa und die Krise des Politischen 26
2. Die neue Machtlandschaft Europas 40
3. »Merkiavelli«: Zögern als Zähmungstaktik 45

III. Ein Gesellschaftsvertrag für Europa
1. Mehr Freiheit durch mehr Europa 59
2. Mehr soziale Sicherheit durch mehr Europa 62
3. Mehr Demokratie durch mehr Europa 64
4. Die Machtfrage: Wer setzt den Gesellschaftsvertrag durch? 68
5. Ein Europäischer Frühling? 71

Anmerkungen 75

Für Elisabeth

Vorwort

Wird man in Griechenland wieder mit der Drachme bezahlen oder gar in Deutschland mit der D-Mark, wenn Sie dieses Bändchen in Ihren Händen halten? Oder werden Sie über solch düstere Szenarien lächeln, weil die Krise längst überwunden wurde und das politische Europa gestärkt daraus hervorgegangen ist? Daß man solche Fragen überhaupt stellt, daß man derart im Nebel der Ungewißheit herumstochert, sagt viel aus über den flüchtigen Zustand Europas und das Risiko, ihn begreifen zu wollen.

Jeder weiß es, aber es auszusprechen heißt ein Tabu brechen: Europa ist deutsch geworden. Niemand hat das intendiert, doch angesichts des möglichen Zusammenbruchs des Euro ist die Wirtschaftsmacht Deutschland in die Position der entscheidenden politischen Großmacht Europas »hineingeschlittert«. Der englische Historiker Timothy Garton Ash schrieb dazu im Februar 2012:

> »Im Jahr 1953 hielt Thomas Mann in Hamburg eine Rede vor Studenten, in der er diese beschwor, sie sollten nicht nach einem ›deutschen Europa‹, sondern nach einem ›europäischen Deutschland‹ streben. Diese Formel wurde in den Tagen der Wiedervereinigung endlos wiederholt. Heute aber erleben wir eine Variation, die nur wenige vorhergesehen haben: ein europäisches Deutschland in einem deutschen Europa.«[1]

Wie konnte das passieren? Was sind die Folgen? Welche Zukünfte drohen, welche locken? Das sind Fragen, die ich in diesem Essay diskutieren werde.

Die öffentliche Debatte wird gegenwärtig fast ausschließlich vom Blick der Ökonomie bestimmt, was leicht absurd erscheint, wenn man sich daran erinnert, wie die Ökonomen selbst von der Krise überrascht wurden. Das Problem dabei ist: Der ökonomische Blick übersieht, daß es sich nicht nur um eine Krise der Wirtschaft

(und des wirtschaftlichen Denkens) handelt, sondern insbesondere um eine Krise der Gesellschaft und des Politischen – und des vorherrschenden Verständnisses von Gesellschaft und Politik. Nicht ich tanze also auf dem fremden Terrain der Ökonomie, sondern die Ökonomie hat die Gesellschaft vergessen, von der sie handelt.

Meine Absicht ist es, in diesem Essay eine neue Interpretation der Krise vorzuschlagen. Ich möchte versuchen, den Meldungen, die man jeden Tag in den Fernsehnachrichten sieht oder auf den Titelseiten der Zeitungen liest, auf den Grund zu gehen und sie auf ihre Zusammenhänge hin zu befragen. Die Lesart, die ich anbiete, gründet auf dem Bezugsrahmen meiner Theorie der Risikogesellschaft. Diese Perspektive auf eine außer Kontrolle geratene Moderne, die ich in den entsprechenden Büchern vorgestellt habe, soll im Folgenden mit Blick auf die Krise Europas und des Euro weiterentwickelt werden.

Um die Krise zu bewältigen, brauchen wir nach einer verbreiteten Auffassung mehr Europa. Dieses Mehr an Europa findet aber immer weniger Zustimmung in den Gesellschaften der Mitgliedsstaaten. Ist eine Vollendung der politischen Union unter diesen Voraussetzungen überhaupt denkbar? Eine gemeinsame Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik? Oder hat man im Zuge der politischen Einigung die entscheidende Frage, die nach einer europäischen Gesellschaft, zu lange ausgeblendet und damit die Rechnung ohne den Souverän gemacht, den Bürger?

Put society back in! Vergeßt nicht die Gesellschaft! In der Finanzkrise die Machtverschiebungen und die neue Machtlandschaft Europas sichtbar zu machen – das ist das Ziel dieses Essays.

Ulrich Beck
August 2012

Einleitung
Deutschland vor der Entscheidung über Sein oder Nichtsein Europas

»Heute entscheidet der Deutsche Bundestag über das Schicksal Griechenlands«, höre ich Ende Februar 2012 in den Radionachrichten. An diesem Tag wird über das zweite »Hilfspaket« abgestimmt, das an Sparauflagen und die Bedingung gekoppelt ist, daß Griechenland Einschnitte in seine Haushaltsouveränität hinnimmt. Klar, so ist das, sagt die eine Stimme in mir. Die andere fragt fassungslos: Wie ist das möglich? Was heißt das eigentlich, wenn eine Demokratie über das Schicksal einer anderen Demokratie abstimmt? Gut, die Griechen brauchen deutsches Steuergeld, aber die Sparmaßnahmen kommen doch einer Aushöhlung der Selbstbestimmung des griechischen Volkes gleich.

Irritierend war damals allerdings nicht nur der Inhalt der Aussage, sondern auch die Selbstverständlichkeit, mit der dieser Sachverhalt in Deutschland hingenommen wurde. Hören wir noch einmal hin: Das deutsche Parlament – nicht das griechische – entscheidet über das Schicksal Griechenlands. Ergibt ein solcher Satz überhaupt einen Sinn?

Machen wir ein kleines Gedankenexperiment. Nehmen wir an, die Deutschen würden darüber abstimmen, ob Griechenland jetzt (also im Sommer 2012) den Euro verlassen soll. Das absehbare Ergebnis wäre: »Akropolis Adieu!«[2] Nehmen wir ferner an, über dieselbe Frage würden in einem Volksentscheid auch die Griechen abstimmen. Das wahrscheinliche Ergebnis wäre eine deutliche Mehrheit (laut Umfragen vom Mai 2012 von etwa 85 Prozent) für den Verbleib im Euro.[3]

Wie wäre das Gegeneinander der Entscheidungen nationaler Demokratien aufzulösen? Welche Demokratie setzt sich durch? Mit welchem Recht? Mit welcher demokratischen Legitimation? Oder spielen hier die Erzwingungsmittel der Ökonomie die Schlüsselrolle? Wäre letztlich die Vorenthaltung von Krediten der

entscheidende Machthebel? Oder verliert Griechenland, das Ursprungsland der Demokratie, mit dem Gewicht seiner Schulden möglicherweise sein Recht auf demokratische Selbstbestimmung?

In was für einem Land, in was für einer Welt, in was für einer Krise leben wir eigentlich, wenn eine solche Entmündigung einer Demokratie durch eine andere *kein* Aufsehen erregt? Dabei untertreibt die Formel »Heute entscheidet der Deutsche Bundestag über das Schicksal Griechenlands«. Es geht längst nicht mehr nur um Griechenland. Es geht um Europa. »Heute entscheidet Deutschland über das Sein oder Nichtsein Europas« – dieser Satz bringt die geistige und politische Situation der Zeit auf den Punkt.

Die Europäische Union hat 27 Mitgliedsländer, Regierungen, Parlamente; sie hat ein Parlament, eine Kommission, einen Gerichtshof, eine Außenbeauftragte, einen Kommissionspräsidenten, einen Ratspräsidenten und so weiter und so fort. Aber die Finanz- und Euro-Krise hat das wirtschaftsmächtige Deutschland in die Position der entscheidenden Großmacht in Europa katapultiert. In knapp siebzig Jahren ist das nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust moralisch und materiell in Trümmern liegende Deutschland vom gelehrigen Schüler zum Lehrmeister Europas aufgestiegen. Im Selbstverständnis der Deutschen gilt »Macht« allerdings nach wie vor als schmutziges Wort, das gern durch »Verantwortung« ersetzt wird. Nationale Interessen bleiben diskret verborgen hinter großen Worten wie »Europa«, »Frieden«, »Zusammenarbeit« oder »ökonomische Stabilität«. Wer die Machtformel »deutsches Europa« in den Mund nimmt, bricht dieses Tabu. Noch schlimmer wäre es zu sagen: Deutschland übernimmt die »Führung« Europas.[4] Sagen könnte man hingegen: Deutschland übernimmt »Verantwortung« für Europa.

Doch die Krise Europas spitzt sich zu, und Deutschland sieht sich vor die historische Entscheidung gestellt: entweder die Vision des politischen Europa gegen alle Widerstände neu zu beleben; oder aber die Politik des Durchwurstelns und die Zähmungstaktik des Zögerns beizubehalten – und zwar »bis daß der Euro uns scheidet«. Deutschland ist zu mächtig geworden, um sich den Luxus leisten zu können, keine Entscheidung zu treffen.

Daß dieser »Augenblick der Entscheidung« gekommen ist, wird in der deutschen Öffentlichkeit selten zur Sprache gebracht, sehr wohl allerdings in den Kommentaren ausländischer Beobachter. So argumentiert zum Beispiel der italienische Journalist und Schriftsteller Eugenio Scalfari: »Wenn Deutschland eine Finanzpolitik betreibt, die den Euro scheitern läßt, dann wären die Deutschen für das Scheitern Europas verantwortlich. Das wäre die vierte Schuld nach den Weltkriegen und dem Holocaust. Deutschland muss jetzt seine Verantwortung für Europa übernehmen.«[5]

Niemand sollte daran zweifeln: In einem »deutschen Europa« würde Deutschland für ein Scheitern des Euro und der EU verantwortlich gemacht werden.

I. Wie die Euro-Krise Europa zerreißt – und verbindet

1. Die deutsche Sparpolitik spaltet Europa: Die Regierungen stimmen zu, die Bevölkerungen dagegen

Im Gegensatz zu historischen Reichen und Imperien, die ihren Ursprung in Mythen oder heldenhaften Siegen hatten, wurde die Europäische Union aus der Agonie des Krieges und als Antwort auf den Horror des Holocaust geboren. Heute ist es nun die existentielle Bedrohung durch die Finanz- und Euro-Krise, die den Europäern bewußtmacht, daß sie nicht in Deutschland, Frankreich, Italien usw., sondern in Europa leben. Und in dem Maße, wie Staatsbankrott, Wirtschaftskrise und der Niedergang der Arbeitsmärkte auf infolge der Bildungsexpansion gestiegene Erwartungen treffen, erfährt auch die »Generation Krise« ihr europäisches Schicksal.

Fast jeder vierte Europäer unter 25 Jahren findet keine Arbeit, zudem schlagen sich viele mit befristeten Billigverträgen durch. In Irland und Italien ist offiziell etwa ein Drittel der unter 25-Jährigen ohne Job, in Griechenland und Spanien lag die Jugendarbeitslosenquote im Juni 2012 bei jeweils 53 Prozent. In Großbritannien ist die Quote seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 von 15 auf 22 Prozent gestiegen. In Tottenham, wo die Krawalle im Jahre 2011 ihren Ausgang nahmen, kommen auf einen Arbeitsplatz 57 Stellensuchende.[6]

Überall wo das akademische Prekariat seine Zeltlager errichtet und seine Stimme erhebt, geht es um die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit – und die wird in Spanien, Portugal, aber auch in Tunesien, Ägypten und Israel gewaltlos und doch machtvoll vorgebracht. Die Facebook-Generation trägt diesen Protest, unterstützt von der Mehrheit der Menschen in den entsprechenden Ländern. Europa und seine Jugend eint die Wut über eine Politik, die mit unvorstellbaren Geldsummen Banken rettet, dabei aber die Zukunft der jungen Generation verspielt.

Die Krise und die Programme zur Rettung des Euro lassen die Konturen eines anderen Europa hervortreten, eines gespaltenen,

von neuen Gräben und Grenzen durchzogenen Kontinents. Einer dieser Gräben verläuft zwischen Nord- und Südländern, zwischen Gläubiger- und Schuldnerstaaten. Eine andere Grenze trennt die Euro-Staaten, die zum Handeln gezwungen sind, von den EU-Mitgliedern, die dem Euro nicht beigetreten sind und die nun zusehen müssen, wie ohne sie Schlüsselentscheidungen über die Zukunft der Union getroffen werden. Eine dritte fundamentale Kluft ist bei den Wahlen in den Schuldnerländern hervorgetreten, und sie wird nachhaltige politische Folgen haben: Die Regierenden stimmen den Sparpaketen zu, die Bevölkerungen stimmen dagegen. Sichtbar wird dabei die strukturelle Spannung zwischen einem europäischen Projekt, das *von oben*, von den politisch-ökonomischen Eliten vorgegeben und verwaltet wird, und dem Widerstand *von unten*. Die Bürger wehren sich gegen die als hochgradig ungerecht empfundene Zumutung, eine Medizin mit möglicherweise tödlichen Folgen einzunehmen. Nicht nur in Athen, sondern überall in Europa formiert sich der Widerstand gegen eine Krisenbewältigungspolitik, die – gemäß dem Motto: Staatssozialismus für die Reichen und die Banken, Neoliberalismus für die Mitte und die Armen – eine Umverteilung *von unten nach oben* in die Wege leitet. Was tun nun die Retter, wenn die zu Rettenden nicht gerettet werden wollen? Jedenfalls nicht auf die auch von ihren eigenen Regierungen für »alternativlos« erklärte Weise?

Ein weiteres Paradox: Wir erleben leidenschaftliche Debatten und Machtkämpfe – und am Ende gibt es nur Verlierer. In Deutschland sind die Menschen wütend, weil »Deutsches Steuergeld für die Pleite-Griechen« verschwendet wird, wie die *Bild*-Zeitung aufwieglerisch titelte (in dieses Horn stieß auch der *Stern* mit dem mittlerweile berühmt-berüchtigten Cover mit der Aphrodite von Milos, die der Welt den Stinkefinger zeigt). In den Krisenstaaten wiederum sehen sich viele als Verlierer, weil die deutsch-europäische Sparpolitik ihnen die Existenzgrundlage raubt – und zugleich auch ihre Würde. So werden die Menschen in den einzelnen Mitgliedsstaaten auf populistische Weise gegeneinander ausgespielt, und sie erkennen nicht, daß sie *alle gemeinsam* die Opfer der Finanzkrise und der untauglichen Versuche sind, sie zu bewältigen.

Künftig wird es in Europa also viele Europas geben. Eines davon ist das *Europa von unten*, das Europa der Bürger, die vielleicht gar nicht wissen (oder nicht wissen wollen), daß sie Bürger Europas sind. Hier herrscht eine fatale Stimmung, in der sich Unsicherheit, Angst und Empörung mischen und die sich in der Formel ausdrückt: »Ich verstehe kein Wort.« Bankenkrise und Finanzkrise. Europa in der Krise. Euro in der Krise – jeden Tag etwas anderes – oder doch dasselbe? Alle sind ratlos. Und irgendwie hilflos. Der Journalist Holger Gertz schrieb im August 2011 in einer großen Reportage über die Angst und die Verwirrung der Menschen: »Man kann gegen den Krieg demonstrieren, gegen Atomkraft, und von rührender Übersichtlichkeit sind geplante Bahnhöfe oder Startbahnen, sehr gut kann man auch dagegen demonstrieren.« »Aber gegen die Finanzkrise?«, zitiert er eine Berliner Politikerin von der Linken. »Was soll man denn da auf die Plakate schreiben? Krise, verpiss dich?«[7]

Wie ist es zu verstehen, daß keiner mehr etwas versteht? Um auf diese Frage eine Antwort zu finden, nehme ich im Folgenden Thesen wieder auf, die ich in *Risikogesellschaft* entwickelt und in *Weltrisikogesellschaft* weiter ausgeführt habe. Das um sich greifende Nichtwissen, so meine Interpretation, ist ein wesentliches Kennzeichen einer Dynamik, der westliche Gesellschaften in der Gegenwart ausgeliefert sind.[8] Die Risikogesellschaft ist in gewissem Sinne immer auch eine *Könnte*-Gesellschaft. Atomkraftwerke, deren komplexes Innenleben wir nicht verstehen, *könnten* havarieren; die Finanzmärkte, die selbst die Börsenjongleure nicht mehr zu begreifen scheinen, *könnten* zusammenbrechen. Konjunktiv als Dauerzustand: Permanent antizipieren wir heute Katastrophen, die morgen stattfinden könnten. Der katastrophische Konjunktiv bricht mit Gewalt in die Mitte der Institutionen und in den Alltag der Menschen ein – er ist unberechenbar, schert sich nicht um die Verfassung und die Regeln der Demokratie, er ist aufgeladen mit explosivem Nichtwissen und spült alle Orientierungspunkte weg.

Diese diffusen Bedrohungen stiften zugleich so etwas wie ein Gefühl der Gemeinschaft. Nehmen wir die Euro-Krise: Ganze Gesellschaften erleben, wie sie angesichts der Sparprogramme im

Fahrstuhl eine Etage nach unten gefahren werden. Europaweit ist eine komplette Generation damit konfrontiert, daß sie nicht mehr gebraucht wird, wenn die Börsenkurven, die man allabendlich im Fernsehen sieht, abrupt nach unten zeigen. Die Folgen der Krise machen vor nationalen Grenzen nicht halt, dafür sind die Verflechtungen innerhalb der Weltgesellschaft längst viel zu eng. Also fragen sich die Menschen: Wenn Griechenland pleitegeht, ist dann meine Rente in Deutschland noch sicher? Was bedeutet das überhaupt, »Staatspleite«? Was heißt das für mich? Daß ausgerechnet die ansonsten gegen jeglichen staatlichen Eingriff vehement protestierenden Banken verschuldete Staaten um Hilfe bitten, und daß diese Staaten tatsächlich astronomische Geldsummen zur Verfügung stellen – wer hätte das noch vor wenigen Jahren gedacht? Heute denkt so etwas jeder. Aber das heißt nicht, daß es irgend jemand versteht.[9]

Wie in *Risikogesellschaft* dargelegt wurde, ist die bis tief in den Alltag hineinwirkende Erwartung der globalen Katastrophe eine der großen Mobilisierungsformen unserer Zeit. Diese Art der Bedrohung, die weltweit wahrgenommen wird, macht den oft ärgerlichen Zusammenhang zwischen dem eigenen Leben und dem Leben anderer Menschen in anderen Regionen der Welt erfahrbar.

2. Von den Erfolgen der Europäischen Union

55 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft errichtet wurde, versucht deren Nachfolgerin verzweifelt, sich selbst und der Welt zu beweisen, daß sie den schwersten Test ihrer Geschichte bestehen kann. Auch wenn man an dieser Stelle nicht vergessen darf, daß viele Probleme nicht hausgemacht sind, sondern eine Folge der Finanzkrise der Jahre 2008 ff. darstellen, im Zuge derer Bankmanager über Nacht zu Staatsgläubigen konvertierten und die Regierungen gigantische Rettungschirme aufspannten, ruft uns die aktuelle Situation doch den zentralen Geburtsfehler des Euro ins Bewußtsein: In einem Wirtschaftsraum von kontinentalem Ausmaß und mit einer entsprechend großen Bevölkerung ist ein gemeinsamer Markt

mit teilweise gemeinsamer Währung entstanden, doch der Schritt zu einer echten wirtschaftspolitischen Union unterblieb – weshalb es nicht möglich war, die Ökonomien der Euro-Staaten wirksam zu koordinieren. Die Vorstellung eines »reziproken Nationalismus«, wonach jeder Staat die Pflicht hat, seine Finanzprobleme selbst in den Griff zu bekommen und negative Konsequenzen für andere zu vermeiden, mag in Gutwetterzeiten genügen, in Krisenzeiten muß sie scheitern. Zugleich zeigen die Ereignisse im Sommer 2012 mit aller Schärfe, wie eng alles miteinander verwoben ist: Geht ein Land bankrott, reißt es andere mit sich.

Dabei wird in dem Aufruhr oft vergessen, daß die EU trotz ihrer Unvollkommenheit großartige Errungenschaften vorzuweisen hat: Der Europäischen Union ist das Wunder gelungen, aus Erzfeinden Nachbarn zu machen; ihre Bürger genießen politische Freiheiten und einen Lebensstandard, von dem die Bevölkerungen in anderen Teilen der Welt nur träumen können; die EU-Mitgliedschaft hat es den ehemaligen Diktaturen Griechenland, Portugal und Spanien ermöglicht, sich in stabile Demokratien zu verwandeln; mit 27 Staaten (nach dem geplanten Beitritt Kroatiens am 1. Juli 2013 werden es sogar 28 sein) und mehr als 500 Millionen Menschen ist die EU der größte Markt- und Handelsblock der Welt; das soziale und ökonomische Modell – die wohlfahrtsstaatliche Zähmung des Kapitalismus – mag in Schwierigkeiten geraten sein, es hält aber immer noch wichtige Vorgaben und Impulse bereit, um auf die Finanzkrise zu antworten; Menschen aus dem subsaharischen Afrika oder aus der arabischen Welt machen sich auf zu den Ufern des gelobten Kontinents und nehmen dabei enorme Gefahren auf sich; der Wunsch Serbiens und anderer Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens, der Union beizutreten, bezeugt ebenfalls die anhaltende Attraktivität des organisierten Europa als Ort der Freiheit und des Wohlstands. Und nun droht dies alles in sich zusammenzufallen.

Paradoxerweise ist der Erfolg der Europäischen Union zugleich ein Grund für ihre mangelnde Wertschätzung. Viele ihrer Errungenschaften sind den Menschen so selbstverständlich geworden, daß sie diese wahrscheinlich erst dann bemerken würden, wenn sie

einmal nicht mehr existieren. Man stelle sich vor, die Paßkontrollen an Grenzen und Flughäfen würden wieder eingeführt; es gäbe nicht überall verläßliche Lebensmittelvorschriften, keine Meinungs- und Pressefreiheit (die Ungarn heute nicht achtet, weshalb sich das Land dem strengen Blick aussetzt); es wäre nicht möglich, ohne große bürokratische Hindernisse Studentenjobs in Barcelona oder Avignon anzunehmen; man müßte bei Reisen nach Paris, Madrid oder Rom wieder Geld umtauschen und sich Wechselkurse merken. Die »Heimat Europa« ist uns zur zweiten Natur geworden, und gerade das könnte ein Grund sein, weshalb wir sie so leichtfertig verlorengeben.

Wir befinden uns in jedem Fall in einem schwierigen historischen Augenblick, in dem wir uns noch einmal Antonio Gramscis treffende Definition des Begriffes Krise vor Augen führen sollten. Die Krise, sagt Gramsci, ist der Moment, in dem die alte Weltordnung abstirbt und eine neue Welt gegen Widerstände und Widersprüche erkämpft werden muß. Doch gerade diese Übergangsphase ist von vielen Irrungen und Wirrungen gekennzeichnet.[10] Genau das erleben wir heute: eine Zäsur, ein Interregnum, die Gleichzeitigkeit von Zusammen- und Aufbruch – mit offenem Ausgang.[11] Ratlosigkeit, Angst, Nichtwissen, Frustration, Unruhe, aber auch die Sehnsucht nach Wandel – all das ist typisch für solch unübersichtliche Situationen, in denen die Erwartungen der Menschen nicht länger zu den institutionellen Arrangements passen, die sie erfüllen sollen. All diese Symptome können jedoch Anzeichen des bevorstehenden Wandels sein, wie die historischen Beispiele der Reformation, der Französischen Revolution oder des Zusammenbruchs des Ostblocks zeigen. Unzufriedenheit ist immer auch ein Ergebnis bestimmter, historisch gewachsener Ansprüche. Wir Europäer leben in Gesellschaften, die Freiheit *und* Gleichheit für alle zu ihren Leitprinzipien erklärt haben. Als soziologischer Beobachter bin ich insofern nicht überrascht, daß die Menschen in Griechenland oder Spanien aufbegehren angesichts eines Systems, das in einem solchen Ausmaß Ungleichheit und Ungerechtigkeit hervorbringt und das skandalöserweise den schwächsten Gruppen die Kosten aufbürdet, die ein aus den Fugen geratenes Finanzsystem produziert. Eine

solche Diskrepanz zwischen Erwartungen und Realität ist immer ein Motor für soziale Mobilisierung, und tatsächlich wurden wir in den vergangenen Monaten und Jahren Zeugen, wie die Menschen in New York, London, Madrid oder Athen auf die Straße gingen – ein Punkt, auf den ich am Ende dieses Essays noch einmal zurückkommen werde.

3. Die Blindheit der Ökonomie

Um uns angesichts des Nichtwissens und der Unübersichtlichkeit, die moderne Risikogesellschaften gewissermaßen automatisch herstellen, Orientierung zu bieten, stehen heute Heerscharen von Experten bereit. Die Wirtschaftswissenschaftler, die sich zur Krise äußern, machen die Welt dabei zwar übersichtlicher, allerdings reduzieren die »Kapitalversteher«[12] die Komplexität der globalen Finanzmärkte derzeit auf befremdliche Weise: Sie personalisieren und emotionalisieren das Marktgeschehen, indem sie in die rational geprägte Börsensprache Befindlichkeitsbegriffe aus dem Baukasten des therapeutischen Blicks einführen: Auf den Märkten »liegen die Nerven blank«, sie lassen sich »nicht täuschen«, sind »scheu«, »ängstlich« und neigen zu »panischen Reaktionen«.

Man könnte auch sagen: Der ökonomische Blick ist und macht gesellschaftlich und politisch blind, die wirtschaftswissenschaftlichen Ratschläge, die die Diskussion dominieren, beruhen auf einem politisch-gesellschaftlichen »Analphabetentum« (Wolfgang Münchau).[13] Diese Blindheit rührt möglicherweise daher, daß Ökonomen die Welt immer durch irgendwelche Modelle betrachten – und wenn die Modelle nicht passen, bekommt man dann eben ein Problem. Wolfgang Münchau hat das in der *Financial Times* schön auf den Punkt gebracht:

> »Makroökonomen haben im allgemeinen kein angemessenes Modell für die Europäische Währungsunion. Sie verwechseln diese mit einem sogenannten ›loose fixed-exchange-rate system‹ [einem Währungsverbund, in dem die Wechselkurse innerhalb

bestimmter Leitplanken festgelegt sind; UB] oder einem Land mit einer einzelnen Währung, Systemen also, für die sie über Modelle verfügen. Eine Währungsunion ist mit diesen Modellen aber nicht zu fassen, weil sie weder ein Staat noch ein loses, zwischenstaatliches Arrangement ist, in dem die Mitgliedstaaten weiterhin ihre volle Souveränität ausüben. […] Es gibt [in den entsprechenden Verträgen; UB] zwar einigen Spielraum für den Beitritt von Staaten, die sich wie Dänemark oder Großbritannien zunächst gegen den Euro entschieden haben. Es gibt allerdings überhaupt keinen Spielraum für den Austritt eines oder mehrerer Länder.«[14]

Gerade an diesem letzten Punkt läßt sich dabei sehr gut zeigen, wie die wirtschaftswissenschaftlichen Experten Öffentlichkeit und Politik mit ihren Vorschlägen in die Irre führen. Viele reden ja so, als sei der Ausstieg Griechenlands aus dem Euro die Lösung. Dann – so lautet implizit oder explizit die Botschaft – müßten die Deutschen nicht mehr für die Griechen »bluten«. Aber solche Aussagen greifen zu kurz, ja sind falsch, und zwar aus mindestens vier Gründen:

Erstens: Der Ausstieg eines Mitgliedslandes aus dem Euro ist nicht geregelt. Er könnte, wenn überhaupt, nur auf Wunsch des betreffenden Landes erfolgen. Doch die Griechen wollen mehrheitlich in der Währungsunion bleiben.

Zweitens: Eine Rückkehr Griechenlands zur Drachme würde einen Schuldenschnitt nach sich ziehen, von dem Banken und Unternehmen weltweit betroffen wären – vorneweg die deutschen, französischen und amerikanischen Finanzinstitute, die zuvor in die ehemals »günstigen« griechischen Staatsanleihen investiert haben. Das heißt allerdings, daß ein Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone die Gefahr einer Neuauflage des Lehman-Brothers-Bankrotts heraufbeschwören könnte.

Drittens: Auch wenn die Griechen im Fall ihres Austritts keine Unterstützungszahlungen mehr aus dem europäischen Rettungsschirm erhalten würden, hätten sie als in Schieflage geratenes Mitglied der Europäischen Union immer noch Anspruch auf Hilfe (was übrigens der Grund ist, weshalb die Briten so vehement für Euro-

bonds und den Verbleib Griechenlands in der Eurozone plädieren – andernfalls würden nämlich auch sie zur Kasse gebeten.) Da niemand daran gelegen sein kann, daß Griechenland in Chaos und Anarchie versinkt – oder gar zur Militärdiktatur zurückkehrt –, müßten die anderen EU-Mitglieder den Staat mit Summen unterstützen, die heute noch unvorstellbar und unberechenbar sind. Die sozialen Kosten, die ein Rückfall in Nationalismus, vielleicht auch Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Diktatur den Griechen selbst, aber auch den Europäern und der Weltgemeinschaft bereiten würde – das kann und will der ökonomische Blick nicht sehen. Aus diesem Grund ist auch niemand wirklich in der Lage zu »berechnen«, was uns teurer käme: der Verbleib oder der Ausstieg Griechenlands aus dem Euro.

Viertens: Man müßte also eher darüber diskutieren, ob die Griechen nicht nur den Euro, sondern auch die EU verlassen sollten. Ein solcher Schritt hätte jedoch zunächst für Griechenland selbst fatale Konsequenzen, weil es sich damit vom Zugang zu überlebenswichtigen Ressourcen (beispielsweise den Töpfen der Agrarförderung der EU) abschneiden würde. Allerdings würde ein solcher Schritt auch schwerwiegende Folgen für die übrigen EU-Staaten nach sich ziehen, wenn man einmal bedenkt, daß Griechenland (neben Ländern wie Spanien, Italien, Portugal usw.) die Außengrenzen der Union schützt.

Was ein Austritt Griechenlands oder anderer Schuldenländer aus dem Euro wirklich kosten würde, wird in den abstrakten Modellen der Wirtschaftswissenschaften also nicht sichtbar: Die Sparer verlieren den Großteil ihres Vermögens, dem Staat droht der Zusammenbruch, der Mitte der Gesellschaft die Armut, den Armen die Exklusion und allen Europäern dauerhaft ein ökonomisch, sozial und politisch teures Problem.